

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bietteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,88 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Vereins-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pfg.; Familienamt, 15 Pfg.
Dereinsamt, 10 Pfg.; Arbeitsmarkt gratis.
Reklamation und Abrechnung:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, Sonnabend, 2. März 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Kurs der Reichsregierung. — Das Unglück auf der Grube Reden. — Zum nächsten Verbandstag. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Gewerkevereins-Zell. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

Der Kurs der Reichsregierung

Seit vier Tagen spricht man im Reichstage über den Etat, ohne vom Etat selbst auch nur ein Wort zu sagen. Die meisten Redner beschäftigen sich mit dem Ausgang der Wahlen, um dabei Angriffe auf die anderen Parteien zu richten. Zwei-mal sprach auch der Reichskanzler. Zuerst gegen Spahn, um dem Zentrum den Fehdehandschuh hinzuwerfen, und dann gegen Bebel zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Gegenüber Bebel be-schäftigte sich Fürst v. Bülow namentlich mit der Niederlage der Sozialdemokratie, die „von einem wohlverdienten Schicksal ereilt worden sei um ihres engherzigen, dogmatischen, Kleinlichen Selbstes willen, der blind gegen alle Andersdenkenden wüthete und trotz allem Gerede von der Kulturhöhe an der Schwelle des 20. Jahrhunderts eine Unterdrückung ausübte, einen Zwang betätigte, eine Gesinnungsschnitzerei betriebe, einen geistigen Hochmut entwickele, wie ihn die Welt kaum im Mittelalter gesehen habe“. Die Niederlage sei ferner die Strafe gewesen für „eine politische Kampfweise und Methode, wie sie so brutal die gebildete Welt noch kaum gesehen habe“. Die Sozialdemokratie habe „Ungeheures geleistet in der Herabsetzung der nationalen Gesühle und in der Beschimpfung der Gegner“. Die Niederlage sei weiter gewesen „die gerechte Strafe für den rücksichtslosen Klassenkampf, für die Schaffigkeiten und das terrorstiftende Vergehen“. Der deutschen Sozialdemokratie fehle der nationale Sinn. Die Sozialdemokraten aller anderen Länder ständen mit verschwindenden Ausnahmen immer noch auf dem nationalen Standpunkt.

Die Rede des Kanzlers ließ erkennen, daß die Reichsregierung den Kampf energisch fortsetzen will gegen das Zentrum, — nicht gegen die Katho-lischen — und gegen die Sozialdemokratie — nicht gegen die Arbeiter. Der Reichstag scheint dieses Kampfprogramm der Regierung sehr ernst aufzufassen, woher es denn auch kommt, daß man bereits mit der Wahrscheinlichkeit einer neuen Auf-lösung des Reichstages zum Herbst rechnet. Ob der eben erwähnte Reichstag ein natürliches Ende finden wird, ist natürlich schwer zu sagen, wir möchten aber eher noch glauben, daß es um der Handelsverträge mit Amerika und England zu einem neuen Konflikt kommen kann. In diesem Falle würde aber wahrscheinlich das Zentrum wieder bei den Konservativen stehen. Bei den sozialpolitischen Fragen hingegen dürfte das Zen-trum meist an der Seite der linksliberalen Par- teien zu finden sein. Es ist jedenfalls zweifelhaft, ob die Konservativen Energie genug besitzen, eine wirklich fortschrittliche Sozialpolitik mitzumachen.

Über den neuen Kurs in der Sozialpolitik äußerte sich der Reichskanzler am Schluß seiner Rede wie folgt:

Es möchte ich noch betonen. Dieser Kampf geht nicht dem deutschen Arbeiter, sondern der politischen und revolutionären Sozialdemokratie. Das werden die bürgerlichen Parteien, das wird dieses Haus dem deutschen Arbeiter beweisen durch die Verfassung der Sozialpolitik.

in der Deutschland schon heute allen Ländern voransitz.

Jedenfalls hoffe ich, daß die Regierung, daß die bürgerlichen Parteien, daß alle diejenigen, welche eine friedliche und freiwillige Entwicklung der Verhältnisse wünschen, nicht erlahmen werden ja dem Bestreben, die Kluft zwischen den Unternehmern und Arbeitern zu mildern und, soweit es möglich ist, sie auszufüllen. Ich hoffe, daß weder die Regierung noch die bürgerlichen Parteien sich durch die Sozialdemo-kratie irre machen lassen werden in der Erfüllung ihrer sozialen Pflichten, in dem Streben, die Gegensätze auszu-gleichen. Ich glaube, daß am letzten Ende die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer solidarisirt sind. (Sehr wahr!) Ich glaube, daß, wenn auch nach langen, schweren Kämpfen, doch der Tag kommen wird — ja, kommen wird er, wo Kopf und Hand einträchtig zusammenwirken werden, wo wir auf die sozialdemokratische Bewegung zurückblicken werden, wie der Götterabend zurückblickt auf eine über-wundene Krankheit, wie der Erwachende zurückblickt auf einen wüsten Traum. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Deutschen Gewerkvereine billigen im wesentlichen diese Auffassung der Reichsregierung. Wir sind auch überzeugt, daß eine energische Fort-führung der Sozialpolitik eines der vornehmsten Mittel sein wird, die deutsche Arbeiterschaft auf den Boden der heutigen Staats- und Wirtschafts-ordnung zurück zu bringen. Die deutschen Arbeiter wollen gleichberechtigt teilnehmen an allen Auf-gaben zur Hebung des Volkes und friedlichen Stärkung des Vaterlandes. Sieht man auf allen diesen Gebieten die bürgerlich gleichberechtigte Mit-wirkung der Arbeiter vor, dann wird es um den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft bald geschehen sein. Im Interesse des allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts der Ar-beiterfrage und des gesamten Volkswohls ist diese Ent-wicklung dringend wünschenswert. Die deutschen Arbeiter helfen diese Entwicklung fördern, wenn sie in unsere Gewerkevereine eintreten und Schulter an Schulter mit uns den heiligen Kampf um Freiheit und Gerechtigkeit, um den Fort-schritt und die Wohlfahrt des Volkes Kraft- voll kämpfen helfen!

K. G.

Das Unglück auf der Grube Reden.

Rede unseres Verbandsredaktors Hga. Goldschmidt im Abgeordnetensause am 22. Februar 1907. Amtlicher stenographischer Bericht.

„H. J. Das furchtbare Unglück auf der Reden-grube bei Caudrücken hat die furchtbaren Herzen der gesamten Kulturlandbevölkerung aufs tiefste erschüttert. Überhalb Hundert brave Bergleute, die mit ihren Kameraden frohgemut am 28. Januar frühmorgens in die Grube gefahren waren, sollten das Licht des Tages nicht wieder erleben; noch bevor sie ihre Arbeit aufgenommen hatten, ereilte sie der Tod. Der Schmerzgruß der Mütter und Weifen hallte wider in der ganzen Welt. In unserm deutschen Volk, das am härtesten betroffen wurde, bluten die Banden immer noch, die das Unglück erschlagen hat.“

Meine Herren, als der Telegraph die furchtbare Volk-skatastrophe, hat die gerade versammelte Bundes-versammlung des hohen Hauses ihr tiefstes Mitgefühlsgefühl mit dem schrecklichen Unglück zum Ausdruck gebracht. Das ganze Haus teilt dieses Mitgefühl. Fast aus der ganzen Welt haben die Vertreter der Nationen und zahlreicher Städte, wie auch Private, insbesondere aber auch Vertreter und Angehörige des Bergbaues unserm Volke ihr Beileid ausgesprochen. Der Herr Handelsminister und ein Vertreter seiner Majestät des Kaisers sind sofort an die Spitze des Gemeindeden, aber voran die Stadt Berlin, haben materielle Hilfe geleistet, die selbst aus dem Auslande nicht schlte. Jetzt allen sei herzlich Dank ausgesprochen. Was aber sind diese Hilfen gegenüber dem gewaltigen Schmerz, den das Unglück hervorgerufen hat? Den klagenden Witwen

wird dadurch der Mann, den Kindern der Vater, den alten Eltern der Sohn, der ihre Stütze war, nicht zurückgegeben. Klagenden Dank verdienen auch die bedauernswürdigen Witwen, die, selbst ihr Leben in die Schanze schlagen, noch Lebende gerettet und Lote geborgen haben.

Meine Herren, wir fragen die königliche Staats-regierung, ob sie uns Auskunft geben kann über die Ursachen dieses entsetzlichen Gruben-unglücks: wir fragen, obgleich wir wissen, daß wir eine befriedigende Antwort nicht bekommen können. Wir haben diese Frage aber gestellt, weil wir ihre Beantwortung er-warten, und diese in Verbindung mit der uns gewordenen Antwort vielleicht doch manche Dinge aufdecken kann, die uns den Weg zeigen, wie für die Zukunft Unglücksfälle, insbesondere so furchtbare Art zu vermeiden sind. Demen ist der Mund für immer geschlossen, die uns zuverlässige Antwort geben können.

Meine Herren, auch unsere weiteren Fragen, die ich zur Begründung unserer Interpellation zu stellen habe, tragen hoffentlich dazu bei, die rechten Mittel zu finden, die den Gefahren im Bergbau erfolgreich entgegenzuwirken.

Das Unglück geschah am 28. Januar; tags vorher wurde des Kaisers Geburtstag gefeiert. Der Herr Minister hat mitgeteilt, daß einer der Bergleute — wohl in-folge der Feier — zu spät in die Grube gefahren und daher nicht mehr in der Lage gewesen ist, die Grube aus-reichend zu ventilieren. Da haben wir zu fragen: Darf das Schicksal der ganzen Belegschaft abhän-gig sein von der zufälligen Ver-haltung eines Bergmannes? Genügt die bestehende Kontrolle für die gemessen-hafteste Erfüllung der Vorarbeiten? Wird es nicht notwendig sein, daß die Zahl der Bergleute nicht vermehrt wird, daß das zufällige Scheitern eines Einzelnen nicht solche furchtbare Gefahren erzeugen kann? Wir fragen ferner: Waren die Wetter-maschinen so in Ordnung, daß die ganze Grube bis in alle Ecken durchgeseigt und alle Arbeiter von den Grubengängen ausreichend freigelassen und genügend frische Luft überall verteilt werden konnte? Mühte die Berg-verwaltung nicht, daß sich in dem Wetter-sohlenlos, in welchem die Explosion erfolgte, keine weitere Menge explosiver Wetter angesammelt hätten? Würde es nicht davon, daß in diesem Zeite der Grube schon während der vergangenen Tage Wetter standen? — Die Arbeiter sollen dies sogar mitgeteilt haben. — Ist es wahr, wie ebenfalls behauptet worden ist, daß die Beamten der Staatsgruben nicht gleichzeitig mit der Belegschaft anfabren, wie das in den Privat-gruben üblich ist? Wir bitten um Auskunft, ob diese Be-schauptung richtig ist, und für den Fall sie bejaht werden muß, fordern wir die Staatsregierung auf, Remedy ein-zutreten zu lassen.

Die Verleselung erfolgt erst bei Be-ginn der Arbeit. Warum? Bistrecht aus Spar-samkeit? Das wäre eine sehr übel angebrachte Spar-samkeit. Die Wetterexplosion hätte nicht diese furchtbare Wirkung haben können, wenn die Verleselung wäre mit einer Explosion nicht verbunden gewesen wäre, wenn die Verleselung namentlich nach der Sonntagfeier, wo die Arbeit ruht, ein-ge-sunken vor Gefahren der Grube durch die Belegschaft erfolgt wäre. Die Arbeit hätte noch nicht begonnen, die Wetter-lampen also nicht durch einen aus dem Höhe unterschuldenen Schuß entzündet sein. Kann die unerlaubte Dehnung einer Wetter-lampe die Entzündung hervorgerufen haben? Diese Mög-lichkeit wird gemiß bejaht werden. Wäre es da nicht mög-lich, den noch unerprobten Bergarbeitern nur die neuen elektrischen Grubenlampen in die Hand zu geben? Die elektrischen Grubenlampen haben zwar 30 Pf., während die gewöhnlichen Wetterlampen nur 11 Pf. kosten. Die Wetterlampen selbst werden nicht zu entbehren sein, weil sie dem furchtbaren Bergmann die Wetter anzeigen. Man kann für die Unterfabriken die elektrischen Lampen in Anwendung bringen und für die erprobteren Bergleute die Wetterlampen. Auf den Preisunterchied darf es jedo-mals nicht ankommen, wo Leben und Gesundheit von Menschen in so großer Zahl in Gefahr gebracht werden kann. Allerdings besteht bei unseren Wetterlampen die Möglichkeit, daß durch eine rasche Abwärtsbewegung der Lampe die Flamme aus dem Drahtrohr herausgeschlo-gen und so die explosiven Wetter entzündet. Eine über dem Arbeitort aufgehängte Wetterlampe kann durch einen falschen Zeitpunkt abgelenkt werden oder schon bei

dem einfachen Herunterfallen durch das alshalbige Herun-
schlagen der Klammern eine Wetterentladung hervorruft.

Wir fragen auch mit der genügenden Sorg-
falt betrieben wird. Und das Öffnen der
Kampfen? Ich bin gewiss, zum Öffnen wird ein Berg-
mann seine Lampe nicht öffnen. In Bergarbeitertreffen
wird aber behauptet, daß die Lampen, weil sie nicht immer
gut in Stand gehalten werden, vielfach den Dienst ver-
lassen. Schmutzige Gläser, verrottete Drahtkörper, schlechte
Zündbänder und Verschleß der Schraubmechanik veranlassen
den Bergmann, namentlich den, der die große Gefahr nicht
ermittelt, die Lampe zu öffnen. Das überhaupt spärlische Licht
kann eine weitere Vermindeung nicht ertragen, weil darunter
die Arbeit leiden und die Gefahren vermehrt würden. Aus
diesen Ursachen heraus kann man es menslich wohl be-
greifen, daß gegen das strikte Verbot die Wetterlampe doch
geöffnet wird. In den Kampfenbänden - so ist vielfach auch
in Bergarbeitertreffen behauptet worden; und das wird
wohl auch stimmen - werden meist nur geistig mindere-
wertige oder insofern heute beschäftigt, da ihre Arbeitskraft
billig ist. Bedauert das nicht einer Verbesserung? Es wird
von wehrfähigen Leuten behauptet, daß jüngere Schlei-
per und Bergbauern eine große Fertigkeit im Öffnen von ge-
schlossenen Lampen hätten, und daß dieses auch den Stützern
bekannt sei. Kommt so etwas aus unseren Staatsgruben
auch vor? Und auch da die Stützler von solcher arbeitsfähigen
Fertigkeit unterrichtet? Wird hiergegen nicht mit aller Strenge
eingegriffen?

Ich es ferner richtig, wie z. B. auch in einem politisch
rechtshändigen Blatte selbst demangelt mitgeteilt wird,
daß die Vorschriften auf unsern Staatsgruben besetzt, die
Stützler müssen ein bestimmtes „Soll“
an Förderung liefern? Die Beamten haben dann
alles daran zu setzen, um ihre Vorgesetzten zufriedenzu-
stellen, d. h. das vorgeschriebene „Soll“ zu fördern. Wie
aber wird dieses Ziel erreicht? Vielfach - gewiss ohne
Wissen der Beamten - auf Kosten der Sicherheit
der Arbeiter. Da wird überall gepart, um möglichst
als Arbeitskräfte auf die Kohlenförderung zu verwenden.
Dabei die Sicherheit der Grubenbauern und der Wetter-
führung, wie die Sicherheit von Leben und Gesundheit der
Arbeiter zu leihen, kann, glaube ich, keinem Zweifel
unterliegen. Die Arbeiter werden angetrieben, das „Soll“
zu geschafft werden. Die Bedingungen stehen niedrig, die Ar-
beiter spannen alle ihre Kräfte an, um doch noch einen
leiblich ausreichenden Lohn zu verdienen. Dieses Streben
ist durchaus berechtigt. Aber wir haben uns zu fragen:
dürfen wir die Arbeiter in die Gefahr bringen, um bei
zu niedrigen Bedingungen einen ausreichenden Lohn zu ver-
dienen, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen außer acht
zu lassen?

Meine Herren, die wenigen Einfahrer, die die
Grube zu kontrollieren haben, sind nicht in der Lage, das
umfangreiche Grubengebiet zu kontrollieren; denn die Be-
legschaft arbeitet an Hunderten von Betriebspunkten, die
oft erst auf viele Kilometer weiten unterirdischen Wegen
erreichbar sind. Selbst das öftere Einfahren eines solchen
Beamten im Monat reicht nicht aus. Wir haben daher
wiederholt die Beteiligung der Arbeiter an der
Grubenkontrolle gefordert. Noch bei dem
letzten Bergarbeiterkongress haben wir diese so dringend
notwendige Forderung erneuert. Die Bergarbeiterschu-
nisse ist leider im Hause nicht ausdrücklich verabschiedet
worden. Die Forderung auf Beteiligung der
Arbeiter an der Grubenkontrolle müssen
wir aber immer wieder stellen. Bis sie
endlich erfüllt wird. Wir gehen dabei keineswegs
zu weit, zu behaupten, daß dann Unglücksfälle nicht mehr
möglich wären. Wir legen aber großes Gewicht auf die
moralische Wirkung einer solchen Maßnahme.

(Sehr richtig! bei den Freilantern.)

Die Arbeiter sollen durch die aus ihren Reihen in aus-
reichend großer Zahl hervorgegangenen Kontrollanten in
höherem Maße zur Verantwortung herangezogen werden;
die Arbeiter ohne Unterschied verlangen diese Arbeiteran-
antwortung. Meine Herren, im Saarrevier haben die Arbeiteran-
schläge - das wird gewiss der Herr Minister antworten
wollen - schon ein gewisses Recht der Kontrolle. Wie
wir aber aus dem Sämerprosz wissen, hat ein Gruben-
inspektoral eines Grubenaußersmitglied, das einige Miß-
stände in das Judentum eintrug, zugewirkt. Solche Ein-
tragungen lassen Sie nur finden, wir brauchen niemanden,
der uns Verhöre macht oder Kritik übt!

(Hört, hört! bei den Freilantern.)

Wo so etwas einmal passiert, halten die Leute sich zurück.
Meine Herren, hoffentlich wird nun der laute Schrei der
Unglücklichen die königliche Staatsregierung zu bewegen,
die Arbeiter bei der Grubenkontrolle zu beteiligen, und auch sonst alles zu tun, was geeignet ist,
Leben und Gesundheit der Arbeiter zu schützen.

Wir fragen daher im zweiten Teile unserer Inter-
pellation, was die königliche Staatsregierung zu tun ge-
ht, um in Zukunft eine größere Sicherheit zu schaffen.
Wir schließen uns ferner der Interpellation des Zentrum
bezüglich der materiellen Hilfe für die Unglücklichen an.
Zentrum.

Meine Herren, die königliche Staatsregierung und auch
das habe Hans hat durch das Unglück auf der Reben-
gebäude von seinem vor sich her einen großen Schaden ge-
bragt. Müssen die Leute die Keller hin weil der
Fehltag bewacht sein, die sie zu erfüllen
haben! Die Arbeiter sammeln trotz allem
Bleich keine Reichthümer; ihr einziges Gut
ist ihr Leben und ihre Gesundheit. Diese
zu schützen, sei uns eine heilige Pflicht!

(Dauert)

Nachdem auch der Abg. Marx seine Inter-
pellation begründet hatte, antwortete der Minister
für Handel und Gewerbe, dem auch der Bergbau
unterstellt ist, in auswehlicher Weise, die Versicherung
abgebend, daß alle Fragen und Anregungen gewissen-
haft geprüft werden sollten. Es soll vor allem sofort
folgendes geschehen:

1. Vor der Ansahrt der Hütten, insbesondere in der
Nacht nach Sonn- und Feiertagen muß sämtlicher
trockener Kohlenhaub gründlich befeuchtet werden.
Die Wettermänner haben bei ihrer Befragung
auch den Erfolg der Befefeigung zu prüfen und
vor der Ansahrt der Bergschaft darüber Mitteilung
zu machen.
In Wettermännern sind nur ganz besonders zu-
verlässige Personen zu verwenden.
2. In den Abenden von Sonn- und Feiertagen muß
genügende Aufsicht über und unter Tage vorhanden
sein, um eine Kontrolle der Ansahrt der Spritzer,
der Wettermänner, etwa erforderlicher Rohrchlorier,
sowie ihrer Tätigkeit in der Grube sicher zu stellen.
Dem aufsichtsführenden Beamten muß Gelegenheit
gegeben sein, für ausbleibende Spritzer oder Wetter-
männer geeigneten Ersatz, sowie etwa erforderliche
Rohrchlorier aus den nächsten Bergmannsdörfern
herbeiführen zu können.
Der Sonntagsnachdienst soll wechsell. Er muß
als eine Vertrauensstellung angesehen werden, und
die betreffenden Beamten und Arbeiter müssen es
als Ehrenpflicht betrachten, sich - wie das schon
heute bei der Staatsbahn geschieht - 6 Stunden
vor dem Dienstantritt des Abfolgenjumes zu ent-
halten.
3. Der Bewachung der Streubrechen ist besondere Auf-
merksamkeit zu widmen. Die oberen Stöße der
Streubrechen sind beim Bergerschlag und Ausbaue
möglichst so zu gestalten, daß sich Schlagwetter nicht
ausbreiten können.
4. Für jedes Strebensfeld muß ein ein- und aus-
stehendes Wetterstrom je eine feste Zone vorhanden
sein. Als natürliche Stoffe können getrennte Streden,
in denen das Gasgange, die Stöße und das Liegende
auf eine Entfernung von wenigstens 10 m nach sind,
sowie die Betriebe mit S. überlag. In allen anderen
Fällen sind eine oder mehrere Wassertrüben er-
forderlich usw.

Damit ist ein Teil der Anlagen, die unser
Rechtser erhob, als berechtigt anerkannt worden.
Absolut unbefriedigt läßt es uns, was der
Minister bezüglich der geforderten Beteiligung der
Arbeiter an der Grubenkontrolle erklärte. Er griff
hierbei zurück auf die schon beim Berggesetz von uns
erhobene Forderung; er habe jetzt ein Jahr Zeit ge-
habt zur Ueberlegung; er stehe hier aber nach wie vor
auf einem ablehnenden Standpunkt, den er wie folgt
begründete:

Das ganze Institut kann nur bei gegenseitigem Vertrauen
funktionieren. So lange Verwaltung und Arbeiter sich
verstehen, wird ein derartiges Institut funktionieren; so-
bald sich Verwaltung und Arbeiter nicht verstehen wird es
nicht funktionieren, und sobald das Institut zu politischer
Agitation, zur Erörterung von Angelegenheiten, die mit
dem Betrieb der Grube nichts zu tun haben, benutzt werden
sollte, muß es scheitern.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich bin der Ansicht, daß die Arbeiter sich dieses Recht der
Beteiligung an der Beaufsichtigung der Grube, soweit es
ihnen ihre Arbeitgeber nicht freiwillig geben, dadurch ver-
dienen können, daß sie sich ihrerseits mit Vertrauen, mit
Ruhe und mit Interesse für den Betrieb an ihre Arbeit
herangehen und ihren Vorgesetzten gegenüberstellen;
(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

dann wird das, was die Herren wünschen, ganz von selbst
kommen. Ich muß aber nach diesen Erfahrungen wieder-
holen: Ich bin nicht in der Lage, nach dieser Richtung etwa
einen gesetzlichen Vorschlag vorzuschlagen, und zwar auch noch
aus folgenden Gründen.

Es ist nicht nur eine Frage des Vertrauens, ob man
den Arbeitern eine derartige Beteiligung an der Ordnung
des Betriebes gibt, sondern es ist das auch eine Frage
der Entwicklung des geistigen und ethischen Niveaus der
Bergarbeiter.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

und das ist, wie ich mich inzwischen überzeugt habe, in
den verschiedenen Teilen des deutschen Vaterlandes verschiedenes.
Was ich dem Herz- und dem Saarrevier einmal ohne weiteres
geben würde, kann ich an andern Stellen dem Bergmann
nicht geben. Ein weiteres Moment! Es ist, wie ich glaube,
gestern von dem Herrn Abgeordneten Goldschmidt betont
worden, man möge den Arbeitern doch ein gewisses Maß
von Selbstverwaltung einräumen. Ja, meine Herren, ein
gewisses Maß von Selbstverwaltung mag man ihnen geben
unter den Voraussetzungen, die ich eben anführte, und mit
der Befürchtung, daß man ihnen nicht einen Einfluß auf die
Schaltung und von allen Dingen nicht auf die finanzielle
Verwaltung des Betriebes gibt, die für diesen selbst ge-
fährlich werden kann. Dann gibt es noch eine dritte
Schranke. Jede Selbstverwaltung erfordert ein großes
Maß von Selbstachtung und von Intelligenz. In dem Maße,
wie die Selbstachtung, das Verständnis für den Betrieb und die
Intelligenz für die Beurteilung der Betriebsverhältnisse
sich auf Seiten der Arbeiter vermindert, werden auch -
dessen bin ich gewiss - unsere Arbeitgeber nicht zögern,
den Wünschen der Arbeiter weiter und weiter entgegenzu-
kommen. Ich kann aber zur Zeit, auch unter dem Ein-
druck des Rebeners Unglücks, das ich vielleicht noch mehr als
Sie beklage, eine gesetzliche Regelung der Arbeiter-
kontrolle, wie sie von Seiten der Herrn Vorsitzenden ge-
wünscht wird, nicht in Aussicht stellen.

Diese Erklärung ist sehr bedauerlich. Gerade
die Mitwirkung der Arbeiter bei der Grubenkontrolle

würde sicherlich manches Unglück verhüten können.
Die Grubenverwaltungen lassen sich nicht gern auf
die Finger sehen. Wo es sich aber um Leben und
Gesundheit der Arbeiter handelt, da sollte man nicht
den Einwand erheben, daß die Institution zu
politischen Zwecken mißbraucht werden könne. In
wünschigen wäre es freilich, wenn solcher Einwand
überhaupt nicht erhoben werden könnte.

Zum nächsten Verbandstag.

Nachdem sich schon eine ganze Anzahl Kollegen
gedauert hat, meist dahin: „Mehr Beamte und eine
Lagesitzung“, so will auch ich einige Vorschläge
machen.

Als ständiger Verbandsbeamter tritt der erste
Vorsitzende des Zentralrats. Derselbe wird vom
Verbandsrat auf 3 Jahre gewählt. Seine Aufgabe
ist, den Verband nach innen und außen zu vertreten,
die ganze Agitation zu leiten und den verschiedenen
Gewerksvereinen zu ihrer Vergrößerung mit Rat und
Latz zur Seite zu stehen, und kann der Verbandstag
ihm auch noch weitere Pflichten übertragen. Aus
Zentralratsmitgliedern wird eine Kommission dazu
gebildet. Eine zweite Kommission aus Zentralrats-
mitgliedern beschäftigt sich mit sozialpolitischen Fragen
für die Arbeiter, arbeitet Verträge aus, welche
Regierungen und Parlamenten unterbreitet werden, be-
schäftigt sich mit dem Versicherungswesen. Hier führt
der zweite Beamte den Vorsitz. An Arbeit wird es
nicht fehlen. Beide Beamte gehen von Zeit zu Zeit
auf Agitation und sind in der Lage, Ortsverbände
und Vereinen neue Anregungen zu geben. Die
Arbeit muß mehr in die Kommissionen gelegt werden,
um die Zentralratsmitgliederzahl zu verringern. Mehr
wie zwei neue Beamte werden wir auf dem Verbandstag
wohl der Bewältigung wegen nicht bewilligen
können; ich bin als Verbandstagsabgeordneter gern
bereit, mehr Beamte zu bewilligen, wenn nur die
Kollegen höhere Beiträge zahlen wollten.

Was nun die Ausbreitungsverbände anbelangt,
so können sie nach den heutigen Verhältnissen nicht
mehr vom Verbandsrat unterstellt werden, auch möchte
ich keinen Staat in ihnen sehen. Der Kern sind
die Ortsverbände, wenn sie richtig geleitet werden und
sozialpolitisch erfahrene Kollegen im Vorstand sind.
Sohon heute können, wenn sie den guten Willen
haben, manche Ortsverbände einen Lokalbeamten an-
stellen. Es werden bald die vielen Stagen wegen des
Wangels an unabhängigen Beamten nachlassen; auch
würde sich der Beamte bald bezahlt machen durch
Vergrößerung und Gründung neuer Vereine.

Was nun die Presse anbelangt, so hat Kollege
Rudolf-Berlin sich darüber schon sehr verständlich
ausgesprochen und habe ich dazu nicht mehr hinzu-
zufügen. Eine Frage möchte ich nur aufwerfen:
Haben alle die Kollegen, die immer am „Gewerks-
verein“ herumdrögen, ihr Teil dazu beigetragen zu
seiner Begründung usw.?

Kann unsere Stellung von den politischen Parteien.
Da teilt ich Kollege Plecker's Ansicht: Hinsin in die
bestehenden Wahlsvereine linksstehender bürgerlicher
Parteien; nur keine neue Partei! der Reichstag hat
schon genug an seinem Duzen. Und was das Ge-
schimpfe der Sozialisten darüber anbelangt, so muß
uns das gleichgültig sein, denn beschimpft werden wir
von diesen so wie so. Augenblicklich steht das Mit-
gliederanstreben und Schlichtmachen wegen der Reichs-
tagswahl in lippiger Blüte. Es muß der Verbandstag
unter allen Umständen einen Beschluß fassen, wie
sich die Mitglieder bei Wahlen zu verhalten haben.
Emil Graue, Göttingen.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, 1. März 1907.
„Halt gewandt!“ Vom Schwurgericht zu
Dessau zum Tode verurteilt wurde der Arbeiter
Gallertier, weil er seinen Arbeitskameraden, den
Schlosser Paul Danisch, am 28. Januar ermordet
hatte. Dieser Vorgang ist vom Ministerische sowohl
im Reichstage wie im Anhaltischen Landtage erwählt
worden, weil die ersten Nachfragen über den traurigen
Vorgang behaupteten, daß der Würder den Er-
mordeten deshalb umgebracht habe, weil er falsch ge-
wählt habe. Als der Amtsvorsteher Wagner gleich
nach dem Tode den Würder fragte, warum er das
getan habe, soll ihm geantwortet worden sein, daß
er wegen der Wahl geschrien, der Danisch habe
falsch gewählt. Der Angeklagte hingegen erklärte,
daß er mit Danisch nicht über die Wahl ge-
sprochen habe. Auch die vernommenen Jungen
wurden von einer solchen Zeugnung nichts. Der
Staatsanwalt erklärte, die Verhandlung habe nicht
völlige Klarheit über die Motive geschaffen. Er
stehe fest, daß am Tage der Wahl Danisch
Schläge bekommen habe, man kann aber nicht
sagen, aus welchen Gründen. Es sei der Schluß be-
rechtigt, daß der Angeklagte einen tiefen Haß im
Herzen hatte, den er mit den Worten ausgedrückt
habe: der Mann hat falsch gewählt! Der Angeklagte
habe die Tat mit Vorfaß und Ueberlegung ausge-
führt. Der Verteidiger verwies auf den enormen
Mißfolgenschuß des Angeklagten, der unter dem Ein-

Sten... nicht gern auf dem Leben... te man nicht... Situation zu... nenne. In... r Einwand... tag. Zahl Kollegen... eine... Vorschläge... itter der erste... wird vom... eine Aufgabe... zu vertreten... verschiedenen... und... Verbands... ragen. Aus... nissen dazu... Zentralrat... en Fragen... ans... werden, be... e... Hier führt... t wird j... Zeit... überwinden... eben. Die... legt werden... gen. Mehr... Verbands... beteiligten... bueter gern... nur die... anbelangt... nissen nicht... auch möchte... Kern sind... stand sind... ten Willen... nanten an... wegen des... lassen; auch... en durch... hat Kollege... verständig... er hinaus... anzuweisen... Gewer... betragen zu... Parteien... ein in die... dergerlicher... schlag hat... das Ge... so muß... werden wie... das Mit... Verbands... lassen, wie... haben... totibus.

flusse des Alkohols gehandelt habe. Es sei nicht erwie... wiesen, daß die böse Tat aus politischen Motiven ge... sprochen sei. Da die Geschworenen die Schuldfrage... auf Wurd bejahten, erfolgte die Verurteilung des An... geklagten zum Tode.

Mein Idealismus! Wenn ich so ein bis zwei Jahre zurückdenke, so schreibt Kollege C. Bergmann in der „Freien Kunst“, was war da für ein Leben! Wenn es galt, für die Ausbreitung unserer Ideen zu sorgen, da waren massenhaft Leute zur Verfügung. Sonntags ging es hinaus auf die Ortschaften, in denen man halbwegs einige Bekannte hatte, und mit großem Mut wurde versucht, dieselben für unsere Sache zu gewinnen. Geld war Nebensache, das waren eben keine Opfer, die man für die gute Sache recht gern brachte.

Viele neue Vereine sind auf diese Weise entstanden und die dadurch gewonnenen Mitglieder lernen von Anfang an, daß nicht bloß die Erklärung, Mitglied zu werden und seine Steuern zu zahlen, die Hauptdinge oder gar die einzigen eines Gewerkschafts seien. -- Vieles ist anders geworden, viele jener tapferen Kämpen deckt schon lange der graue Haas, viele aber auch bilden sich ein, sie seien nun alt geworden, und überlassen es den jüngeren Mitgliedern. Warum? Das böse Beispiel von rechts und links, von ihren Kameraden, die für eine gediegene Organisation nichts übrig haben, es hat sie abgestumpft, der Idealismus ist verlogen, und hat einem bebenlichen Materialismus Platz gemacht.

Kollegen, wachet auf! Im Kampfe wird man wieder jung. Wenn erst unsere älteren, erfahrenen Mitglieder wieder mit gutem Beispiel vorangehen, wenn sich die reife Erfahrung mit dem jugendlichen Eifer verbindet, dann muß es vorwärts gehen. Wir haben viele junge Kollegen, die gern hinausgehen, aber es fehlt ihnen die richtige Anleitung; das sollte in keinem Verein vorkommen. Die älteren Mitglieder dürfen nicht eher ruhen und rasten, bis sie den jüngeren Nachwuchs genügend gelehrt haben, auf daß keine Schwundung in der Agitation eintritt. Der kleinliche Materialismus soll und darf in unseren Reihen keinen Raum finden; da, wo er sich eingenistet hat, muß er wieder verjagt werden. Die idealen Bestrebungen der Gewerkschaften müssen herangezogen werden, für sie müssen die Alten und die Jungen sich begeistern, dann wird es um vieles besser werden in anderen Reihen.

Die Gewerkschaften in Preussen hat ein Vorkommnis geregigt, wie es bisher wohl selten festgestellt werden konnte. Da in Preussen die Verhältniswahl eingeführt ist, weichen die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften sowie natürlich auch die Gewerkschaften der Beschäftigten ein. Nun hat der Magistrat die Stimmen der freien und christlichen Gewerkschaften für ungültig erklärt, dagegen wurde die Liste der Gewerkschaften für laizistisch und den Bestimmungen des Gesetzes gemäßen als allein richtig anerkannt. Ohne Rücksicht auf die Zahl der Wähler sind hiernach schon jetzt sämtliche Kandidaten der Gewerkschaften als gewählt zu betrachten. Die Einführung der Verhältniswahl ist ein Erfolg der Gewerkschaften und ist diese Wahl die erste nach dem neuen System. Der Wahlsatz ist der 4. März und dürften die freien und christlichen Gewerkschaften mit Schmerz dieses Tages gedenken. Jedenfalls ist dieses Vorkommnis bezeichnend für die Sachkenntnis der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften in Deutschland trotz der Einheit des Reiches und der doch größtenteils noch von einer Stelle aus geleiteten Sozialpolitik nicht einheitlich geordnet. Die Ueberwachung der Arbeiterchutzgesetzte steht nach § 129b der Reichsgewerbeordnung besondhren, von den Landesregierungen zu ernennenden Beamten zu. Im ganzen waren 1905 in den deutschen Bundesstaaten überhaupt 224 Personen im Gewerbeaufsichtsdienst beschäftigt, unter diesen 45 Regierungs- und Gewerbebeamte sowie Hilfsarbeiter bei den Regierungen, 193 Gewerbeinspektoren und 145 männliche sowie 13 weibliche Inspektoren. Gegenüber 1904 hat die Gesamtzahl nur unwesentlich, nämlich nur 11 zugenommen und zwar hauptsächlich bei den Inspektoren, um 7. Revisionen -- und zwar von Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen -- fanden statt insgesamt 197.190 (190213) -- die eingeklammerten Zahlen bedeuten hier wie im folgenden die bezüglichen Angaben für das Vorjahr -- darunter in der Zahl 2325 = 4 pGt. (2946 = 1,5 pGt.), an Sonn- und Festtagen 190 = 2,6 pGt. (4898 = 2,6 pGt.). Die Gesamtzahl der revisionspflichtigen Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen in Deutschland betrug 226.565 (16.034 (107.901)), das ist nur etwas mehr als die Hälfte. In Würtemberg hat man bereits eine ärztliche Hilfstakt zur Gewerbeinspektion herangezogen, und ein gleiches beabsichtigt die badische Regierung anzuführen. Wie die Berichte der Aufsichtsbekanntgaben, hat sich die weibliche Inspektion auch im

verflorenen Jahre sehr gut bewährt. Allerdings ist ihre Zahl von 13, auf das ganze Reich verteilt, äußerst gering. Im Verhältnis zur Stärke der weiblichen Arbeitskräfte wird eine Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbekanntgaben nicht zu umgehen sein. Zu der von uns vertretenen Ansicht, daß unbedingt auch Arbeiter zur Gewerbeinspektion herangezogen werden müssen, hat sich leider noch keine Regierung entschließen können.

Arbeiterbewegung. Der Kampf der Berliner Automobilbesitzer und in der Holzindustrie dauert fort. -- In München i. B. sind wegen Tarifstreitigkeiten die Arbeiter der Holzhandlungen ausgeperrt worden. -- Die Berliner Herren-Radschneider stehen seit einiger Zeit in einer Tarifbewegung. Die Arbeitgeber verlangen nun, daß die Verhandlungen über den Einheitslohn bis zum hochsommer verlegt werden und die Gesellen bis dahin zu den alten Löhnen weiterarbeiten. Da sich die Arbeitnehmer auf diesen Vorschlag nicht einlassen wollen, haben die Meister beschlossen, am Sonnabend sämtliche Gesellen zu entlassen. -- Die Münchener Gärtner hatten den Unternehmern einen Tarif unterbreitet, der in der Hauptsache eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Erhöhung des Mindestlohnes, Zuschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit und die Freigabe des 1. Mai forderte. Da die Unternehmer diese Forderungen rundweg ablehnten, haben die Gärtner zunächst das Gewerbeamt zur Vermittlung angerufen. -- Der Solinger Scherenscheitlerverein ist in eine Vorbewegung eingetreten. Er verlangt unter Hinweis darauf, daß seit der letzten Revision des Preisvergleichs das Lebensmittelpreise ganz erheblich gestiegen sind, eine entsprechende Erhöhung der Scheitlerpreise. -- Ein Konflikt ist auch in letzter Stunde im Bremer Brauergewerbe vermieden worden. Die Brauereiarbeiter sollten nämlich einen Reviers unterzeichnen, nach welchem sie auf ihre Organisationszugehörigkeit verzichten. Als dieselben sich darauf nicht einließen, zogen die Unternehmer den Reviers zurück, wovon sie bereits entlassenen Arbeiter ihre Beschäftigung wieder aufnahmen. -- Der Streit der Schiffbauer in Rügig a. d. Ube ist zugunsten der Arbeiter durch Bewilligung einer Lohnerhöhung beendet worden. -- Der von den Arbeitgebern angebotenen Aussperrung sind die Berliner Tapezierer zugekommen, indem seitens des Verbandes der Tapezierer die Arbeitnehmer aufgefordert wurden, überall da, wo bis zum heutigen Freitag die Schiffsarbeiten nicht erfüllt sind, sofort in den Ausstand zu treten. -- Ein erster Konflikt scheint in Weichen auszubrechen zu wollen. Dasselbe haben die in den Offenfabriken beschäftigten Arbeiter ihren Tarif festschrieben und fordern nunmehr einen Mindestlohn von 30 Pf., und für die Brenner eine Höchstlohn von 12 Stunden pro Tag. Seitens der Unternehmer sind diese Forderungen scharf zurückgewiesen worden.

Ueber das Auftreten unseres Redakteurs im Abgeordnetenhaus bei Vertretung der Interpellation über das Ausschlach auf der Hebeerde schreibt die „N.N. Bg.": Herr Dellbrück und die Herren des Bergreviers nehmen ihre Plätze ein. Ein Schriftführer verliest die Interpellation, und dann beistigt Herr Dollschmidt von der freiwilligen Volkspartei die Arbinen. Mit einem Schlag hat sich die Aufmerksamkeit des Hauses verändert. Vorher Interpellationsgegenstand angemessener Ernst und große Stille. Die Abgeordneten von den hinteren Bänken sind nach vorne gerückt und bilden so eine geschlossene, ruhig laufende Jubelorgel. Herr Dollschmidt beginnt seine Rede, deren Grundton ein schwerer, düsterer Akkorde bildet, mit dem Ausdruck des herzlichsten Bedauerns für die unglücklichen Opfer der Redezeit Katastrophe. Dann begründet er seine Anfragen an die Regierung und sagt diese an. Nicht direkt, sondern zumeist -- was entschädigen großen Eindruck hervorruft -- wieder in Form der Frage: „Ist es richtig, daß ein Wettermann, der zu spät eintritt und die Grube nicht genau auf Beiter untersuchen, so der Veranlasser der Katastrophe wurde? ... Darf eine Belegschaft ganz einem einzelnen auf Ganze und Ungnade ausgeliefert sein? Wozu die Verwaltung nicht ...? Haben die Arbeiter genügenden Anteil an der Grubenkontrolle? Sägt sie selbst bei der Bläusage für ihr eigenes Leben, ihr sothatiges Gut, mitwirken? -- ... Das all das, was der Interpellant vortrug -- zum Teil mit einem schmerzigen (?) Pathos, der ihm eignen ist -- der Meinung aller Parteien entsprach, während wir billig bewilligen. Jedenfalls kann nur konstatiert werden, daß Herr Dollschmidt den Aufsichtstakt tief war und das Haus zu einem ernstlich gemeinten Beifall fortriit.

Es ist dies die Rede, die wir in vorliegender Nummer zum Abdruck bringen.

Das Indusiarbeiterlohn Preussens. Das Königreich preussische Landesamt hat jetzt seine Zusammenstellung über die 1905 in Fabriken und in diesen gleichgestellten Betrieben beschäftigten Arbeiter zusammengestellt. Wir erfahren daraus, daß wir in Preußen eine Arbeiterzahl von 3.428.004 Köpfen haben. Auf den Bergbau, das Glätten- und Galvanisieren kommen 799.208, auf die Industrie der Steine und Erden

382.020, auf die Metallverarbeitung 319.580, auf die Industrie der Maschinen usw. 471.577, auf die Textilindustrie 361.357, auf die Industrie der Holz- und Schmiedestoffe 193.666, auf die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel 320.912, auf das Bekleidungs- und Reinigungsgeräth 190.868, auf das Baugewerbe 61.469.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die sozialdemokratischen Unternehmer in der Regel die schlechtesten Arbeiter sind. Jetzt schreibt der „Korresp.“ D. Buchdr. dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Zigarrenfabrikanten Meyer für Leipzig-Vand folgenden Vers ins Stammbuch:

Der angeht die der vom Tabalarbeiterverbande festgestellten Löhnen es wagt, die Erträge unserer Tarifrevision, welche für die Beschäftigten der Tabalarbeiter bis zu 5, 6, 7 und sogar 8 Mk. gebracht hat -- Erhöhungen, die den Wochenlohn laufender von Tabalarbeitern ausmachen! -- herunterzureißen, muß ein ganz ausgemachter Demagog sein. Mit solchen „verweichlichten und zweifelsvollsten“ Mitteln zu arbeiten, ist das herrenzerstörende Merkmal unserer Littas, denen jetzt positive gewerkschaftliche Arbeit ein Dorn im Auge ist, und die in diesem Maße sich als unzuverlässig erweisen. Als Unternehmer bezahlt erig Meyer nach der vorliegenden Statistik seinen neun männlichen und drei weiblichen Arbeitern folgende Wochenlöhne: für Normalzeit 8,50 -- 11 Mk. für Koller 14 Mk., für Zurichter 6,50 Mk. Die Arbeitszeit im Betriebe der Strma Meyer & Co. betrug täglich zehn Stunden.

Auf besser bezahlende Unternehmer schimpfen und selber Hungerlöhne zahlen -- was doch so ein ausgemachter Demagog alles fertig bringt!

Dem sozialdemokratischen Handels- und Transportarbeiterverband scheinen die lokalen Vereinigungen ganz besonders unheimlich zu sein. Um diese zu befeitigen, schreibt derselbe selbst vor den schließlichen Mitteln nicht zurück. Nachdem sich in Berlin der Verein der Drochschleifer dem Verbande angeschlossen hatte, mußten auch die Hausdierer verzwängt werden. Diese hatten eine mehr gefellige Vereinigung, die seit mehr als 20 Jahren bestand und ein ansehnliches Vermögen besaß. Zunächst kaufte man sich den Vorstehenden, der von den Mitgliedern uneingeschränkte Vollmacht besaß. Ohne den Beschluß des Vorstandes wurde eine Mitgliederversammlung vorgenommen, die dann auch nach der richtigen „Aufklärung“ durch den Verband zu dessen Gunsten ausfiel. Die Mitglieder des Vereins der Hausdierer traten jedoch nur zur Hälfte dem Verbande bei, während der andere Teil von neuem eine Vereinigung bildete. Doch das Ernüchternde, was dem Verbande besonders am Herzen lag, hatte er weg, desgleichen sämtliche Mittelkassen.

Eine gleiche Aktion versuchte der Transportarbeiterverband bei den Tramvajangestellten in München. Diese besitzen einen Lokalverband, dem auch die Werkstättenarbeiter angehören. Nach genügender Maulwurfsarbeit gelang es auch hier dem Transportarbeiterverband, eine Mehrheit für die Verschmelzung zu gewinnen. Diese errichtete man, indem man auch unter Nichtmitgliedern des Lokalverbandes abstimmten ließ. Auch hier gründeten die Gegner der Verschmelzung von neuem einen Lokalverein. Sind auch die lokalen Vereinigungen für die Arbeiterbewegung nutzlos, so muß doch die terroristische Art des Vorgehens, besonders des Transportarbeiterverbandes scharf gemißbilligt werden. Ein durch Zwang und Bedrohung zusammengefügtes Gebilde kann schwerlich für höhere Ideale, für erfolgreiche Kulturarbeit nützlich werden. Für die sozialdemokratische Weltanschauung zu kämpfen, mag die Praxis, das auswendig gelernte Sprüchlein, genügen. Gewerkschaften, die ihre Mitgliederzahl mit solchen Mitteln vergrößern, können niemals behaupten, daß dieselben von den Grundfragen der Organisation begeistert und durchdrungen sind. Jedenfalls ist es den Gewerkschaften nur um die meist nicht nachstehenden Vermögensbestände der Lokalvereine zu tun; denn sind erst diese in Sicherheit, dann pfeift man auch auf die Mitglieder.

Stimmengallen mit seinen Kennzeichen ist der anhaltende „geliebte“ Genosse Peus. In Inhalt ist durch Landesgesetz das Reichsgesetz über die Krankenversicherung auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt worden. Da Herr Peus davon keine Ahnung hatte -- ein Zeichen, wie sehr er sich um die Landarbeiter bekümmert -- hielt er im Landtage eine „große“ Rede für ein Landesgesetz betreffend die Ausdehnung des Krankenversicherungsgesetzes auf die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen. Unter großer Beifall der Versammlung wurde er darauf aufmerksam gemacht, daß dies Gesetz bereits längst besteshe. Da geschah er, wenn auch etwas entsetzt: Ja, dann bin ich diesmal hineingefallen! Der „Genosse“ Peus ist nicht bloß diesmal hineingefallen. Man denke nur an seine Rede über die von ihm gewünschte Sonderbesteuerung der Konsumvereine.

In Frankfurt a. M. starb im Alter von 65 Jahren der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Faber**, der 1884/1887 und 1887/1890 Frankfurt a. M. im Reichstags vertrat. Von ihm stammt das Wort: „Das läßt tief blicken“. Das Wort darf wohl auch angewendet werden auf die Tatsache, daß Faber schon seit Jahren sich ganz zurückgezogen hatte und nicht mehr mittat.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

Ortsverband Karlsruhe.

In unserem Ortsverband wurden im vergangenen Geschäftsjahr 12 Ausschüssen, 4 Versammlungen und 1 außerordentliche Sitzung abgehalten. In der ersten Versammlung erstattete Herr Einjhelmer Bericht über den außerordentlichen Delegiertenrat des Vereins der Deutschen Kaufleute, welcher den Anwesenden die Beschlüsse, die gegen wurde, vorlegte. Es wurde eine Resolution gefasst, die gegen die Einführung der Fahrkartensteuer richtete, worin die bairische Regierung und der bairische Landtag ersucht wurden, gegen eine solche Steuer zu stimmen. Auch wurden die Verbandsmitglieder ersucht, in Freundeskreisen darauf hinzuwirken, ihre Einläufe vor 8 Uhr abends zu machen, damit es dem Verein der Deutschen Kaufleute eher möglich wird, den 3. Uhr-Sachverhalt auch für diejenigen Geschäfte zur Durchführung zu bringen, die noch bis 9 Uhr offen halten dürfen. Einen sehr interessanten Vortrag hielt uns Dr. Ludwig Haas über: Eine moderne Gemeindepolitik, wofür ihm am Schluß reichlich Applaus gefolgt wurde. Unterhaltungen wurden zudem dem Verein der Schneider, welcher in einer Lohnbewegung stand und dem Verein der Arbeiter zur Erlangung eines Tarifvertrages. Der Ortsverband zählt zurzeit 8 Vereine. Ingenommen hat im letzten Jahr der D.O. der Maschinenbauer II und der Verein der Deutschen Kaufleute. Bei letzterem wurden dem Ortsverband 40 Handlungsehrlichen angegliedert. Zu bemängeln ist, daß die Ortsverbandsversammlungen meist zu schwach besucht werden, was zurückzuführen ist darauf, daß nicht allein die Vertreter, sondern die einzelnen Vereinsausgänge die Mitglieder nicht genügend anspornen. An Vergnügen wurden im Ortsverband abgehalten ein Ausflug nach Raasdorf, ein Sommerfest im Stadtpark und am Schluß des Jahres eine Weihnachtsfeier. Nun hat der neuwählte Ausschuss für das Jahr 1907 die Geschäfte übernommen und wird auch bestrebt sein, zum Wohl und Nutzen der einzelnen Ortsvereine sowie des ganzen Ortsverbandes zu sorgen. „Immer vorwärts“ soll unsere Parole sein.

Ortsverband Ufermünde und Umgegend.

Es fanden 5 Sitzungen statt und zwar in Torgelow in Gaggin und in Ufermünde. Es wurde in den fünf Sitzungen eine rege Agitation geleistet, wobei wir an Willkommendheit in jedem der Orte zunahm. Auch wurde ein Verbandsfestangewandelt gefeiert, wozu sämtliche Ortsvereine erschienen waren. Das Fest fand in Ufermünde statt.

S. R.: 2, 3, 4, Sekretär.

§ Essen a. M. Der Essener „Vollstreckend“ und seine Rora. Der in Nr. 16 vom 28. Februar 1907 des „Gewerksamer“ enthaltene Bericht des Ortsverbandes Essen lautet die Redaktion des „Essener Volksfreund“ in nicht geringer Aufregung versetzt zu haben. In der Nr. 47 vom 26. Februar 1907 stützt der große Mann von Essen, Herr Christian Klotz, an seinem Herzen Lust zu machen. Die ihm schon lange verhassten Gewerksvereine müssen verhallen.

Herr Klotz ist Redakteur des „Essener Volksfreund“, Stadtvordner und Arbeitsehrlicher; wir führen diese Renner deshalb an, damit sich jeder eine Vorstellung von der Heiligkeit dieses Mannes machen kann. Als Stadtvordner weiß Herr Klotz nicht, daß die Gewerksvereine sich an der Erhöhung des ortsbildlichen Tagelohns beteiligt haben. Da nun Herr K. als Stadtvordner berechtigt ist, von den städtischen Verwaltungsgeschäften Kenntnis zu nehmen, empfehlen wir ihm:

„Die Handkaffen der Verwaltung vom 14. März 1906, Geschäftsnummer 2/VII 3487, sich einmal vorlegen zu lassen und der große Mann wird finden, daß die Essener Gewerksvereine in Sachen Erhöhung des ortsbildlichen Tagelohns besser gearbeitet haben, wie er glaubt annehmen zu müssen.“

Nun zur Lennerungsfrage der städtischen Arbeiter. Der „Essener Volksfreund“ schreibt: „Davan ist den Stadtverordneten nichts bekannt.“

In seiner Eigenschaft als Stadtvordner bitten wir diesmal Herr Klotz sich beim Oberbürgermeister den Schrifttag vom 11. Dezember 1906 vorlegen zu lassen. Oder hängt Herr Klotz in seiner Zeitung an zu Runkern? U. n. w. g.?

Daß der Herr Oberbürgermeister den Schrifttag nicht weiter entgegen haben soll, glauben wir nicht nach den uns zuergangenen Mitteilungen. Das sollte aber auch Herr K. wissen, daß die städtischen Arbeiter wenig von ihm halten, trotzdem sich seine Freunde E. und C. am 21. Februar 1907 in einer öffentlichen Versammlung, wo nur 10 Arbeiter anwesend waren, davon 6 Gewerksvereine, reichlich abmühten, seine Person zu verteidigen. Wir verzichten den Samen des Blattes, in dessen Spalten sehr viel von Terrorismus zu lesen ist. Gerade dieses Blatt terrorisiert die Essener Gewerksvereine allseitig, weil man die Arbeiterbewegung von dieser Seite nur „Artificial“ und politisch für das Zentrum haben will und dabei handelt man nach dem Raubthier Rezept: „Dem Gegner gegenüber ist man zur Wahrheit nicht verpflichtet!“

Nun zum Schluß einige über angebliche „Grossmannstalten“, welche der Essener Ortsverband in die Welt gesetzt haben soll. Das Angehörige dürfte das Gegenteil beweisen. Die Stärke des Ortsverbandes zu erfahren ist für Herrn K. auch einfach, hoffentlich tut er das und macht es nicht wie Herr Giesmann und kommt nicht; als Gegenleistung verlangen wir das gleiche Recht, durch persönliche Einnahme über gegähle Beiträge.

§ Vera. Die Unablässigkeit der Sozialdemokraten hat auch hier ein Opfer gefordert. Unser früherer Mitglied Dexter war in der Langenberger Polizeifabrik beschäftigt

bis zum Ausbruch des Streiks befristet. Er streifte mit uns wurde von uns unterstützt. Nachdem er wieder Arbeit beim Wasserleitungsbau in Gaggin gefunden hatte, bearbeitete ihn die „Gagginer“ herum, daß er unserer D.O. der graphischen Betriebe und Mäler des Büdens lehnen müßte. Sein Mittelsbudd haben sie ihm abgenommen und ihn in den Verband der Franzosen und Handarbeiter gepöpel. Kürzlich ist nun D. verunglückt und liegt jurzeit im des Klinik. Hier muß das beaurmehre Opfer zum die Wahrnehmung machen, daß er schmählich reingefallen ist. Die Zielbewußten kümmern sich nicht um ihn, ihnen ist es ja recht, wenn sie wieder schreiben können von einem „Opfer des Kapitalismus“ und der Gewerksvereine, an dem sich die Frau des Verunglückten wandte, kann nicht sein, denn wer einmal aus dem Verein ausgetreten ist, kann doch keine Unterstützung erhalten. Mehr Maßmaß und manches Nachteil würde verhüten.

Verbands-Zeil.

Versammlungen.

Berlin. Diktatorklub der Deutschen Gewerksvereine (D.O.). Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstraße 221/222. Gäste willkommen. - **Sängerklub der Deutschen Gewerksvereine (S.G.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Leitungsbause im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Ordnung G.O.). Gäste herzlich willkommen. - **König, 4. März.** **Bildungsverein.** Abd. 9 Uhr, Dreßdenerstraße 10 bei Frau Generalin. E.O.: 1. Wahl eines Abgeordneten zum Delegiertenrat. 2. Bericht über die kombinierte Sitzung der Schlichter- und Prinzipalkommission. Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder ersucht der Vorstand.

Orts- und Bezirksverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Besale des Herrn Bildschulte-Wattler, Diktatorklub. - **Wagen (Diktatorklub).** Jeden Sonnabend 9 Uhr Sitzung bei Walder, Jägerhof. - **Geheim. Norddeutscher Einheitsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr Diktatorklub im Lokal Engelke, Schiffstraße 2a. Gäste willkommen. - **Sachsenweissen (Ortsverband).** Sonntag, 3. März, nachm. 3 Uhr im Gaihof zum Deutschen Kaiser kombinierte Sitzung sämtlicher zum Ortsverband gehörender Ortsvereins-Ausschüsse. - **Sonntag, 10. März,** nachm. 3 Uhr im Sturmischen Gaihof zu Uranau öffentliche Versammlung. E.O.: Gewerksvereine und Sozialpolitik. Referent: Stadtvordner Herr-Weissen. Jährliches Gefestens erwünscht. - **Wetter und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 2. März, nachmittags 2 1/2 Uhr im Besale des Herrn D. Dorned öffentliche Gewerksvereinsversammlung. E.O.: Vortrag des Verbandes folge 3. Schwamm-Schwamm. Um zehnjähriges Gefestens wird gebeten. - **Ortsverband für das obere Kammgebiet.** Sonntag, 10. März, nachm. 4 Uhr in Altverbunden beim Herrn Weissen.

Anzeigen-Zeil.

← Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. →

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

- Bestschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.
- Zeitfaden zum Gewerksgerichtsgezet von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
- Bewerker durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
- Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 80 Pfg.
- Freigeübtheit zum Anwalts-Vericherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.
- Kopierdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.
- Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. - Bestschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Bundel) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.
- Vollständiges Jahrbuch von Dr. G. Fuchs. Preis 80 Pfg.
- Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von E. Winter, Berlin und S. Berndt. Dresden. Gratis.
- Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt - Berlin und Johann Dornblüh. Bromberg. Gratis.
- Tarifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Gagn-Dung und J. D. Käfer - Nürnberg. Gratis.
- Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitszeit, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.
- Wunder zu Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
- Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreis durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Bestellungen sind immer zu richten an den Verbandsleiter Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Goldschmidt, Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/222. - Druck und Verlag: Schoedde & Gollinet, Berlin W., Potsdamerstraße 110.

Frankfurt a. Oder.

Reberrt tüchtige Holzbrecher werden gesucht. Meldungen bei Franz Wachmann, Ortsverbandsvorstand, Al. Gattarstr. 6/7 II.

Fahnen, Vereinsabzeichen,

Schürzen u. a. schönsten und billigen bei Th. Herkop, Oppeln.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

„Union-Festfälle“

Jeden Sonntag, Donnerstag: **Nort'sche Sänger.**

Anfang: Sonntag 6 Uhr Eintritt 50 Pfg.

Anfang: Wodentags 8 Uhr Eintritt 20 Pfg.

Nach der Vorstellung: **Samilienfräulein.**

Jena. (Ortsverband). Durchreitende erhalten 75 Pfg. Unterstügung bei Carl Müller, Greifgasse 2, Ede Oberbaumgasse.

Gamm in Westfalen (Ortsverb.). Durchreitende Mitglieder erhalten 1 Mk. Unterstügung beim Verbandsleiter Carl Wacker in Hamm, Sangestraße 62.

Frauen, Töchter und Schwestern

unserer Mitglieder!

Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Gräbuisklasse** des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Eintrittsgeld 25 Pfg. - Aufnahme vom 1. bis 31. Japre.

Verhöertes Gräbuisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.

Der Wochentrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beitrinssalters 3 bis 9 Pfg.

Alle Ortsafflierter nehmen Anmeldungen entgegen.

Einblättern und Material versendet das Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/222.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/222.

Erstklassigster aller Gewerksvereinsklagen an dem Wochen und an jedem Sonntag. Frächtige Bestfälle, große Reklaration mit vorzüglicher Küche, viel Regierbahnen. Alles den Anforderungen der Anzahl entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Vergnügungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern behend empfehlend, ladet zum Besuh freundliche ein.

Carl Berndt, Defonou.

Essen (Ortsverb.). Ruten b. Kaffier Ewald Hartmann, Biesenstraße 4 III.

Speanhan (Ortsverband). Biesenstraße 4 III.